

SIEGER UND BESIEGTE

Noch feiern die Weltkriegs-Verbündeten gemeinsam: Im zerstörten Berlin sind britische Soldaten zur Verleihung eines Ordens an zwei hohe Sowjet-Militärs angetreten.



GLÜCK IM UNGLÜCK

Die Konturen der großen Konfrontation zwischen Ost und West zeichneten sich schon ab, als die Supermächte noch gegen Hitler verbündet waren. Das besiegte Deutschland lag auch im Zentrum des Nachkriegsdramas – und machte in seinem westlichen Teil unter Führung von Kanzler Adenauer aus der Not eine Tugend.

Von Georg Bönisch

Der „Alte von Rhöndorf“, wie seine Untertanen ihn mit anhänglichem Respekt nannten, war ein gewiefter Politiker. Dabei war Konrad Adenauer nicht gerade ein Meister ziseliertener Rede. „Je einfacher denken“, sagte er einmal, „ist oft eine wertvolle Gabe Gottes.“ Intellektuelle mögen sich geschüttelt haben ob dieser Sprachschnitzerei. Das einfache Volk verstand.

Es verstand, dass es mit Adenauer aufwärtsging – und aufwärts hieß westwärts, einfach gedacht.

Es verstand wohl auch, dass sich die Bundesrepublik ohne Adenauer vermutlich anders entwickelt hätte. Vielleicht früh wiedervereinigt, aber dann nur zu den Bedingungen Moskaus. Oder auch wie Österreich: zwar nach Westen orientiert, aber neutral.

Eines aber begriffen die meisten Menschen nicht: dass ihr Kanzler nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nach der totalen Niederlage, nach der völligen moralischen Diskreditierung durch die Verbrechen des Hitler-Regimes, davon sprach, dass das Land wieder Soldaten brauche.

Seine Berater auf diesem Politikfeld, allesamt und zwangsläufig hohe Offiziere der aufgeriebenen Wehrmacht, errechneten ihm schon die notwendige Kopfstärke, ehrgeizig wie in früherer Zeit. Fechten war zwar offiziell noch verboten, weil diese Sportart als „militärisch“ galt, genauso wie das Segelfliegen. Aber Adenauer, der nie als Soldat gedient hatte (und dem als bekennendem Rheinländer eigentlich auch die Neigung dazu hätte völlig abgehen müssen), trieb die Planungen für den Aufbau einer Armee zügig voran. Er scheute sich nicht, solcherlei Arbeit einer kleinen Behörde zu übertragen, die eine Art Tarnnamen trug: „Zentrale für Heimatdienst“, „ZfH“. Sol-



BETTMANN/CORBIS

SPALTUNG DER WELT

17. Juli bis 2. August 1945 In Potsdam einigen sich die Siegermächte USA, Sowjetunion und Großbritannien auf Grundsätze ihrer Besatzungspolitik in Deutschland (Teilung, Demilitarisierung, Reparationen, Umgang mit Kriegsverbrechern). Frankreich stimmt später dem Abkommen unter Vorbehalt zu.

6. und 9. August 1945 Amerikanische Atombomben zerstören Hiroshima und Nagasaki und töten dabei bis Ende des Jahres etwa 140 000 Menschen.

9. Februar 1946 Sowjet-Diktator Stalin spricht öffentlich vom fortdauernden Antagonismus zwischen Kapitalismus und Kommunismus, der erst mit dem weltweiten kommunistischen Triumph überwunden werden könne. Das US-Nachrichtenmagazin „Time“ nennt dies „die kriegerischste Äußerung irgendeines führenden Staatsmannes“ seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.



Hiroshima nach der Zündung der Atombombe

22. Februar 1946 US-Diplomat George F. Kennan schickt aus Moskau das „Lange Telegramm“ an seine Regierung, das die sowjetische Politik seit Kriegsende analysiert und die Außenpolitik von Präsident Harry S. Truman stark beeinflusst. Kernsatz: „Der Weltkommunismus ist ein bössartiger Parasit, der sich nur noch von krankem Gewebe ernährt.“

5. März 1946 Winston Churchill prägt in einer Rede in Fulton, Missouri, das berühmte Sprachbild vom „Eisernen Vorhang“, der Europa von der Ostsee bis zur Adria teile.

April bis Juli 1946 Bei der zweiten Außenministerkonferenz über Deutschland in Paris schlägt US-Außenminister James Byrnes den wirtschaftlichen Zusammenschluss der vier Besatzungszonen vor. Sowjet-Außenminister Wjatscheslaw Molotow be-

harrt auf den Reparationsansprüchen seiner Regierung und führt mit der Abreise seiner Delegation den Abbruch der Konferenz herbei.

Januar 1947 Die amerikanische und die britische Besatzungszone vereinigen sich zur Bizone und bilden den Kern der späteren Bundesrepublik.

12. März 1947 In einer Grundsatzrede verkündet Präsident Truman die später sogenannte Truman-Doktrin: Die USA bieten vom Kommunismus bedrohten Staaten wie Griechenland und Türkei Hilfe an.

5. Juni 1947 Der „Marshallplan“ für den Wiederaufbau Europas wird angekündigt. Die UdSSR lehnt ihn ab und zwingt auch Polen und die ČSSR dazu.

30. September 1947 Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im polnischen Szklarska Poreba.

Februar 1948 Kommunistischer Umsturz in der Tschechoslowakei.

Juni 1948 Mit dem Ausschluss der KP Jugoslawiens aus dem Kominform wird der Bruch zwischen den Parteichefs Tito und Stalin offiziell – der erste Riss im Ostblock ist da.

24. Juni 1948 Die Sowjetunion reagiert auf die Währungsreform in den Westsektoren mit einer Blockade Berlins zu Lande und zu Wasser. Zwei Tage später beginnt die britisch-amerikanische Luftbrücke, die West-Berlin bis zur Aufhebung der Blockade im Mai 1949 aus der Luft versorgt.

August/September 1948 Im Süden der koreanischen Halbinsel ruft Syngman Rhee die Republik Korea, im Norden Kim Il Sung die Demokratische Volksrepublik Korea aus.

4. April 1949 In Washington wird der Nato-Vertrag unterzeichnet.

23. Mai 1949 Mit der Verkündung des Grundgesetzes wird die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

29. August 1949 Erste erfolgreiche Zündung einer sowjetischen Atombombe.

1. Oktober 1949 In China ruft Mao Zedong nach dem Sieg der Kommunisten im Bürgerkrieg die Volksrepublik aus.

7. Oktober 1949 Gründung der DDR.

WIEDERBEWAFFNUNG

In Andernach üben Soldaten der gerade neu gegründeten Bundeswehr im März 1956 an einem ausgedienten amerikanischen Panzer.



che Camouflage ist sonst nur bei Geheimdiensten üblich.

Und der Christdemokrat schmetterte jedwede Kritik ab – wenn es ihm nötig schien, auch mit recht markigen Worten. Deutschland, teilte er im September 1950 „vertraulich“ einer nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten und Parteifreundin mit, dürfe „selbstverständlich ... nicht irgendwie zur Vergrößerung der Kriegsgefahr beitragen“. Doch „so, wie die Dinge jetzt liegen“, nämlich ohne eigene Verteidigung, „reizen wir geradezu und fordern die Sowjetregierung und die Ostzonenregierung auf, unser Land in Besitz zu nehmen“.

Die CDU-Dame, die sich ihm als „eingeschriebener Pazifist seit 1924“ vorgestellt und Neutralität eingefordert hatte, wurde von Adenauer auch über die schrecklichen Folgen eines Ost-Griffs nach dem Westen belehrt: Dann würden „unsere Männer in die Armee gepresst oder ebenso wie Frauen und Kinder zur Arbeit abtransportiert“. Neutralität, mahnte er, könne ein Land „nur dann bewahren, wenn es stark genug ist, die Neutralität gegenüber jedermann zu verteidigen, sonst bleibt diese Neutralität auf dem Papier“.

Schon in seiner ersten Grundsatzrede als Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone, am 24. März 1946, hatte Adenauer konstatiert, Staat und Macht seien untrennbar verbunden, und Macht zeige sich am „sinnfälligsten und eindrucksvollsten“ im Heer. Dieser Ton musste den Strategen der US-Armee durchaus gefallen haben. Denn sie spielten schon früh mit dem Gedanken, Deutschland schnell in ein westeuropäisches Sicherheitssystem zu integrieren.

Offiziell freilich hieß es jedoch, man wolle die seit den Tagen der Potsdamer Konferenz vereinbarte Politik der Entmilitarisierung energisch weitertreiben. Nach außen zürnten die Amerikaner deshalb, als Kanzler Adenauer, etwa in einem Interview mit der französischen Zeitung „L'Est Républicain“, die Bereitschaft erklärte, einen deutschen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten zu wollen.

Für den CDU-Vormann bedeutete der „insgeheimen Sinneswandel“ (so der Publizist André Uzulis) der Amerikaner die große Chance, der Bundesrepublik in der internationalen Politik eine stärkere Position zu verschaffen – eben mit Hilfe von Streitkräften. Wichtig war ihm eine eigenständige deutsche Beteiligung, wie immer diese auch aussehen mochte, in einem militärisch wirkungsvollen, geschlossen agierenden westlichen Bündnis.

Schon das „Deutsche Büro für Friedensfragen“ – so eine ebenfalls in die Irre führende Amtsbezeichnung – hatte sich seit 1947 mit der Wiederbewaffnung befasst. Dabei war es offiziell seine Aufgabe, die Alliierten zum Beispiel bei der Entnazifizierung zu unterstützen. Und der

VERBÜNDETE

Im Juni 1956 trifft der amerikanische Präsident Harry S. Truman in Bonn Kanzler Konrad Adenauer.





KONFERENZ VON JALTA
 Im Seebad Jalta auf der Halbinsel Krim einigen sich im Februar 1945 der britische Premier Winston Churchill, US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der sowjetische Diktator Josef Stalin auf eine Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen.

Chef der Zentrale für Heimatdienst, der Panzertruppen-General a.D. Gerhard Graf von Schwerin, durfte ganz offen agieren. Ihm schwebte als Kern einer künftigen Armee eine Art „mobile Bundesgendarmerie“ vor, die im „nationalen Notfall“ – gedacht war an einen Überfall sowjetischer Truppen auf Westdeutschland – invasionsgefährdete Zonen evakuieren oder Aufstände niederschlagen sollte.

Natürlich sei es sinnvoller, führte der ZfH-Leiter in einem Memorandum aus, „10 bis 12“ Panzerdivisionen aufzustellen, schon der Feuerkraft wegen. Exakt 12 Divisionen war die spätere Bundeswehr stark.

Nur wenige Wochen nach Schwerins Vorschlag brach der Korea-Krieg aus. Zwar unterstützte Moskau lediglich den kommunistischen Norden des Landes im Kampf gegen den Süden, dem wiederum Wa-

shington half. Doch weil die Sorge umging, die Kreml-Einmischung könne den dritten Weltkrieg auslösen, galt nun plötzlich als beschlossen, was bis dahin nur diskret auf informeller Ebene verhandelt worden war: Soldaten für Deutschland – für ein Land, das genau im Zentrum der ideologisch-politischen Konfrontation des Kalten Krieges lag.

Damit war zugleich jener Weg der Deutschen zu Ende, den Historiker als außen- und innenpolitischen „Sonderweg“ beschrieben haben.

Einerseits ist damit der bewusste Verzicht auf Nähe zum Westen gemeint. Die schien schon wegen der Traditionsfeindschaft zum unmittelbaren Nachbarn Frankreich problematisch. Thomas Mann unterstellte in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ sogar eine Sympathie Deutschlands für das „ungefuge Russ-



land“. Andererseits hatte der Kurs gegen die bürgerlichen Demokratien des Westens in Deutschland obrigkeitstaatliche Entwicklungen befördert – und so alle früheren Bestrebungen zunichte gemacht, die auf eine stabile parlamentarische Demokratie zielten.

So gesehen, schreibt der Zeitgeschichtler Manfred Görtemaker, sei Adenauer „kein einsamer Prediger in der Wüste“ gewesen, sondern nur der „wirkungsmächtigste Exponent“ neuen Denkens – nämlich der Rückkehr in die Gemeinschaft Westeuropas. Diese Rückkehr sei maßgeblich beschleunigt worden durch den Konflikt der Supermächte und die amerikanische Offerte, Deutschland mit viel Geld wieder „zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen“ zu verhelfen: es einzubeziehen in den europäischen Wiederaufbau.

Insofern ergab sich aus dem Unglück des Kalten Krieges für die junge Bundesrepublik Deutschland, obwohl sie die Konfrontation der Supermächte unmittelbarer als viele andere Staaten zu spüren bekam, auch eine einzigartige historische Chance.

Dass diese Chance genutzt wurde, war Deutschlands Glück im Unglück des Kalten Krieges.

Dessen Konturen hatten sich bereits abgezeichnet, als Amerikaner, Briten und Russen noch vereint Hitlers Reich des Bösen bekämpften. Der erste Termin für die Planung eines konzertierten Vorgehens fand Mitte Januar 1943 in der marokkanischen Metropole Casablanca statt. Stalin freilich blieb in der Sowjetunion, die er nicht einmal für einen Tag glaubte allein lassen zu können – deshalb beschlossen US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill als Duo, Hitler-Deutschland niederzuringen, bis zur bedingungslosen Kapitulation, „unconditional surrender“.

Zehn Monate später folgte die Konferenz von Teheran, diesmal mit Stalin. Herauskam, dass nicht nur die militärischen Anstrengungen in Ost und in West erheblich forciert, sondern auch über die Zukunft des besiegten Deutschland nachgedacht werden

solle. Das Ergebnis war der Teilungsplan.

Aber die Großen drei, wie Roosevelt, Stalin und Churchill nunmehr hießen, sprachen auch über Polen, dessen Grenze Richtung Westen verschoben werden könnte. Und der sowjetische Generalissimus stellte in Aussicht, den Amerikanern bei deren Kampf gegen die Japaner zu helfen. Der französische Publizist Raymond Cartier resümierte, man habe sich getrennt als „Freunde, die durch die gemeinsame Sache, die gemeinsame Gesinnung und das gemeinsame Ziel verbunden“ gewesen seien.

Er irrte. Eine Solidargemeinschaft dieser Art hat es nie gegeben. Wenn sie im Ansatz vorhanden gewesen sein sollte, dann nutzte sie sich schnell ab.

Das wurde bei der Konferenz von Moskau im Oktober 1944 deutlich. Auf diesem Gipfel fehlte Roosevelt, ihn vertrat sein hartleibiger Botschafter in der Sowjetunion, Averell Harriman. Und Churchill verhandelte in eigener Sache, „nach Art imperialer Machtpolitik“ vergangener Zeiten – so der Kölner Historiker Jost Dülffer. Um Demokratie oder das Recht auf Selbstbestimmung ging es da am wenigsten. Auf einem Schmierzettel notierte Churchill zum Beispiel die ihm nützlich erscheinende Aufteilung des Balkans: Rumänien – 90 Prozent sowjetischer Einfluss, Bulgarien – 75 Prozent, Jugoslawien – 50 Prozent.

Griechenland hingegen sollte, umgekehrt proportional zu Rumänien, nur zu 10 Prozent unter Moskaus Einfluss und zu 90 Prozent unter dem Englands stehen. Bei Polen waren sich der britische Premier und Stalin nicht einig, es schien so, als liefе alles auf eine Fifty-fifty-Regelung hinaus. Das legendär gewordene Papier, auf dem Churchill wie ein Basarhändler Stalins künftiges Machtgebiet skizzierte, ist bis heute erhalten – ein ebenso groteskes wie folgenreicheres Dokument alliierter Siegesgeschichte.

Formal gesehen hatten solche Abmachungen keinerlei Bindewirkung. Politisch jedoch waren sie ernst gemeint. Und ihr tieferer Sinn für Churchill lag auf der Hand: Er wollte Großbritannien im Mittelmeerraum, an der südlichen Flanke Europas, gehörig Einfluss verschaffen. Das konzertierte Stalin gern, da Churchill im Gegenzug mit den kleineren Nationen, an denen er machtpolitisch kein Interesse hatte, umsprang wie mit minderjährigen Internatsschülern. „Der Adler“, sagte er in der ihm eigenen, blumigen Sprache, sollte „die kleinen Vögel ruhig singen



VERTEIBUNG

Nach Kriegsende werden die Deutschen aus der Tschechoslowakei vertrieben. Der Straßenrand wird zur Schlafstätte, in langen Trecks ziehen die Menschen nach Westen.



NATO-TREFFEN

Im Pariser Palais de Chaillot treffen sich im Oktober 1949 Vertreter der 12 Nato-Staaten und geben ihr Einverständnis, dass die Bundesrepublik Deutschland als neues Mitglied in das Militärbündnis aufgenommen wird.

lassen und sich nicht darum kümmern, weshalb sie singen“.

Auf bilateraler Ebene konnte die Welt allerdings nicht neu aufgeteilt werden. Entscheidend war, was der mächtigste Mann auf dem Erdball zu sagen hatte – Roosevelt. Schon im Sommer 1944 hatte der amerikanische Präsident den schnauzbärtigen Sowjetführer aufgefordert, endlich konstruktiv an der Zukunft mitzubauen. Nach langem Tauziehen über den Schauplatz der nächsten Sieger-Konferenz setzte Stalin Jalta durch, den einstigen Nobelkurort der Zaren auf der Krim. Dort wachsen Palmen und Zypressen – und auf dem Weg nach Jalta konnte jedermann sehen, was die Truppen Hitlers auf ihrem Marsch Richtung Osten angerichtet hatten: Tod und Verwüstung.

Schon in Jalta wurde im Februar 1945 beschlossen, was wenige Monate später auf der Konferenz von Potsdam förmlich abgesegnet wurde: Deutschlands Aufteilung in vier Besatzungszonen. Churchill freilich machte sich Sorgen um die Deutschen – weniger als mitfühlender Zeitgenosse denn als Ökonom. Die Russen bestanden nämlich auf Reparationen in Milliardenhöhe. Das Land wäre ausgeblutet. Der Brite wandte ein: „Wenn man ein Pferd reiten will, muss man es mit Heu und Hafer füttern.“ Stalin entgegnete: „Das Pferd darf uns nicht angreifen.“ Er hegte die Befürchtung, ein aufgepöppeltes Deutschland könnte schnell wieder gefährlich werden.

Im Wortgeplänkel zweier Gewinner des Krieges war bereits angelegt, was bald zur Spaltung Deutschlands und der Welt führte – und bei den Super-

mächten einen langjährigen, oft dramatischen „Mechanismus wechselseitiger Fehlwahrnehmungen“ (so der Historiker Wilfried Loth) in Gang setzte.

In Jalta wollten die Siegermächte der Welt gemeinsam eine neue Ordnung geben. Tatsächlich wurde ein Grundkonsens über eine künftige Völkergemeinschaft erreicht, aus dem die Uno hervorging. Am weiteren Verlauf der Geschichte änderte diese Organisation aber keinen Deut. Denn die von Siegermächten und künftigen Weltpolizisten formulierte „Erklärung über das befreite Europa“ war bereits bei der schriftlichen Ausfertigung Makulatur. Das hier verbrieft Bekenntnis zum Recht aller Völker, „sich die Regierungsform, unter der sie leben werden, selbst zu wählen“, war angesichts der vollzogenen Aufteilung der Machtsphären rein rhetorischer Natur und kaum mehr einlösbar.

Wissenschaftler streiten darüber, ob bereits in Jalta, also noch vor dem Ende des „heißen“ Krieges, oder erst später die Welt endgültig geteilt und die Konfrontation des „kalten“ Krieges determiniert wurde. Der Gedanke einer „friedlichen Koexistenz“ von Kapitalismus und Kommunismus, argumentiert etwa der Historiker Dülffer, sei nicht von vornherein aussichtslos gewesen. Zur Eskalation und „zum Auseinanderleben der vormaligen Anti-Hitler-Koalition“ sei es erst über „die vielfältigen konkreten politischen Auslegungsfragen“ gekommen. Eine Rolle spielte auch der frühe Tod Roosevelts, der Verfechter einer Kooperationspolitik war und Konfrontation eher scheute.

Sein Nachfolger Harry S. Truman war von anderem Kaliber. Die Ausbreitung des Kommunismus in Europa wollte er unbedingt verhindern. Stalin hatte in Jalta vieles kassiert – halb Polen beispielsweise, dazu weite Teile Ostpreußens, Rumäniens, Finnlands und der Tschechoslowakei. So wurden etwa 85 Millionen Menschen zwangsweise Sowjetbürger. Die weitere Expansion jenseits einer gedachten Linie zwischen Stettin und Triest schien nur eine Frage der Zeit sein. Karl Marx hatte diese Linie schon ein Jahrhundert zuvor als quasi natürliche Westgrenze Russlands beschrieben, und Churchill sollte sie bald den „Eisernen Vorhang“ nennen.

Aus Sicht aller Gegner Stalins war in der Mitte des europäischen Kontinents und an dessen Peripherie ein dramatisches Machtvakuum entstanden. Sie befürchteten, dass es das oberste Ziel der Sowjets sei, ihre Herrschaft in diesem Vakuum zu verankern.

Erst einmal mussten sich die Alliierten auf ihrer letzten Gipfelkonferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand, über das endgültige Schicksal jenes Landes klarwerden, das genau inmitten dieses Vakuums lag – Deutschland. Kurz zuvor hatten die vier Oberbefehlshaber der Siegermächte, zu denen nun auch Frankreich gehörte, die Niederlage Deutschlands für völkerrechtlich verbindlich erklärt und die „Übernahme der Regierungsgewalt“ proklamiert.

Potsdam, der symbolische Ort preußischen Soldatentums, fixierte nicht nur die gemeinsame Politik gegenüber Deutschland, die als D-Programm bekannt geworden ist – Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, Deindustrialisierung. In Potsdam wurde auch die Vertreibung von Millionen Deutschen aus den Ostgebieten beschlossen. Aber es ging nicht nur um ein Maßnahmenpaket gegen den Kriegsverlierer. Potsdam steht auch für etwas anderes: für den Beginn der öf-

fentlichen Kollision zwischen östlicher Macht und westlichen Mächten.

„Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn“, donnerte der US-Diplomat George Kennan. Schließlich seien die Amerikaner im besiegten Land die „Konkurrenten der Russen“. Ein „ebensolcher Wahn“ sei es zu glauben, die Alliierten könnten sich „eines schönen Tages höflich zurückziehen“ und dann werde aus der Asche ein „gesundes und friedliches, stabiles und freundliches Deutschland steigen“.

Kennan plädierte konsequenterweise dafür, die Westzonen schnell „zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, dass der Osten sie nicht gefährden“ könne. Konrad Adenauer pflichtete ihm bei, wenn er auch der Sache eine etwas andere Wendung gab. Vor ausländischen Pressevertretern sagte er am 9. Oktober 1945: „Der von Russland besetzte Teil (ist) für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren.“ Und Londons Premier Churchill erkannte, ganz Pragmatiker: „Wie die Dinge gegenwärtig stehen, sind zwei Deutschlands im Entstehen – das eine mehr oder weniger organisiert nach dem russischen Modell bzw. im russischen Interesse, das andere nach dem der westlichen Demokratie.“

Während US-Außenminister James Byrnes immer noch für die Bereitschaft zu Kompromissen mit Moskau warb, erklärte ihm Präsident Truman, er habe es satt, die „Sowjets in Watte zu packen“. Byrnes' französischer Amtskollege Georges Bidault riet diesem ernsthaft, gegenüber dem Osten wirklich Standhaftigkeit zu zeigen – sonst werde man „bald die Kosaken auf der Place de la Concorde“ haben.

Wie nötig aus westlicher Sicht die Politik der „Eindämmung“ des Kommunismus war, die nun als strategische Leitlinie galt, zeigt sich an zwei Beispielen. Als Washington ein knappes Jahr nach Potsdam eine Lockerung der Zwangsmaßnahmen in Deutschland anregte, um dessen Bürgern eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, lehnte Moskau dies strikt ab. Die Regierungen der USA und Großbritanniens werteten das als Indiz, dass – so der Historiker Gerhard Wettig – „das sowjetische Verlangen nach gründlicher Entmilitarisierung Deutschlands nichts als ein Vorwand war, der die Verfolgung kommunistischer Ziele kaschierte“.

Kurz zuvor hatte Stalin in einer Rede die fortdauernde Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus beschworen und betont, sie werde so lange neue Kriege hervorbringen, bis der Kommunismus

„Kalter Krieg“

Als Urheber des Begriffs gilt der Finanzfachmann Bernard Baruch, der die US-Präsidenten Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt, Harry S. Truman und den britischen Premier Winston Churchill beriet. Im April 1947 sagte er in Columbia: „Lassen wir uns nicht täuschen – heute befinden wir uns mitten in einem kalten Krieg.“ Die Formulierung wurde dann weiterverbreitet durch eine Broschüre des US-Publizisten Walter Lippmann. Ihr Titel: „Der Kalte Krieg“.



KOMMUNISTENFURCHT
Auf Plakaten wurde in den fünfziger Jahren für die Wiederbewaffnung Deutschlands geworben. Andernfalls würde der Kommunismus – hier dargestellt als rote Flut – auch nach Westen vordringen.



LUFTBRÜCKE

Auf dem Rhein-Main-Flughafen bei Frankfurt wird eine Frachtmaschine mit Baustoffen beladen. Die Waren sollen in das von den Sowjets abgeriegelte West-Berlin transportiert werden.

den Kapitalismus als weltwirtschaftliche Organisationsform abgelöst habe. Beobachter verstanden das als Hinweis auf „weltrevolutionäre“ Eroberungsabsichten.

Die Tonalage verschärfte sich noch. „Die kommunistischen Parteien suchen überall totalitäre Gewalt zu erhalten“, konstatierte Churchill 1946 bei seiner berühmten Rede über den Eisernen Vorhang, deren Inhalt mit führenden amerikanischen Politikern abgestimmt war. Stalin beschimpfte den Briten deshalb als Rassisten, ja als „neuen Hitler“.

Kein Zweifel: Die westliche Welt fühlte sich bedroht von sowjetischen Expansionsgelüsten. Schnell hatten sich die im Osten teils gewaltsam eingerichteten Volkdemokratien zu kommunistisch geprägten Satellitenstaaten entwickelt. Zur Macht der Apparate, die Stalin aufbot, gehörten nicht nur einflussreiche, in seinem Sinne aufgebaute politische Organisationen wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), zu der in der Sowjetischen Besatzungszone schon im April 1946 KPD und SPD zwangsvereinigt worden waren. Der Sowjetherrscher plante auch, an der Westgrenze seines neuen Imperiums ebenso militärische Strukturen aufzubauen, wie es seine potentiellen Gegner an ihrer Ostgrenze vorhatten.

Aus Sicht von Moskau-Kritikern wie Kennan („Der Weltkommunismus ist ein bössartiger Parasit, der sich nur noch von krankem Gewebe ernährt“) gingen die sowjetischen Einflusszonen längst weit über Osteuro-

pa hinaus. In einem Dossier, das seine Argumente und Analysen zusammenfasste, figurierten die Türkei, Iran und die Mandschurei als von „kommunistischer Verseuchung infiziert“, Saudi-Arabien, Ägypten, Afghanistan und Indien als „gefährdet“. Die USA sollten mit militärischer Stärke und Wirtschaftshilfe für die als gefährdet eingestufteten Regionen reagieren.

Genau dies taten US-Präsident Truman und sein Außenminister George Marshall. „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte muss fast jede Nation zwischen alternativen Lebensformen wählen. Nur zu oft ist diese Wahl nicht frei“, sagte Truman am 12. März 1947 vor beiden Häusern des US-Kongresses. „Ich glaube, es muss die Politik der Vereinigten Staaten sein, freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen.“

Die Forderung nach weltweitem Kampf gegen den Kommunismus unter Führung der Schutzmacht USA wurde als „Truman-Doktrin“ bekannt. Als erste Länder waren die Türkei und Griechenland davon betroffen. Beide Länder sollten stabilisiert werden, um ein befürchtetes Vorrücken Moskauer Truppen ans Mittelmeer zu verhindern. Denn in diesem Fall, so argumentierte der stellvertretende US-Außenminister Dean Acheson, würden „drei Kontinente der sowjetischen Durchdringung“ geöffnet.

BERLIN IM WÜRGEGRIFF

In einer Zeichnung von 1948 zeigt ein amerikanischer Karikaturist, wie der russische Bär Berlin umklammert hält. Das Raubtier mit den mächtigen Pranken war im Kalten Krieg ein beliebtes Sujet, um die Gefährlichkeit der Sowjetunion darzustellen.



Sein Chef Marshall forderte, dem gebeutelten Europa müsse auch auf andere Weise geholfen werden – im Kampf „gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos“. Das amerikanische Hilfsangebot, so betonte er, sei „nicht gegen irgendein Land gerichtet“. Deshalb offerierte er auch dem Osten Gelder aus seinem geplanten „European Recovery Program“, kurz „ERP“, das in Europa als Marshall-Plan legendär wurde und den USA die dauerhafte Sympathie zahlloser Europäer eintrug. Stalin erwog offenbar kurze Zeit, das Hilfsangebot aus Amerika ebenfalls anzunehmen. Dann aber lehnte er ab und verbot auch seinen Satrapen, eine solche Hilfe anzunehmen. Er fürchtete, gewiss zu Recht, sein mühsam errichteter Cordon sanitaire könne in Gefahr geraten.

Deshalb reagierte der Kreml-Chef auf die Ankündigung des Marshallplans so, wie es Experten vorausgesagt hatten – er verstärkte in seinem osteuropäischen Imperium den Druck, wo immer es ging.

Im September 1947 ließ Stalin im niederschlesischen Szklarska Poreba (Schreiberhau) das „Kommunistische Informationsbüro“ („Kominform“) gründen. Es war die Neuauflage der „Dritten Internationale“ („Komintern“). Deren Auflösung hatte Stalin 1943 angeordnet, um die Furcht seiner westlichen Kriegsverbündeten vor kommunistischen Welteroberungsplänen zu beschwichtigen und eine politische Vorleistung für die Eröffnung einer zweiten Front gegen Hitler in Westeuropa zu erbringen.

Angesichts der neuen Zuspitzung der politisch-ökonomischen Konfrontation im beginnenden Kalten Krieg waren derartige Rücksichten 1947 aus Stalins Sicht überflüssig, ja hinderlich geworden. Es kam nun für ihn wieder darauf an, die orthodoxe Lehre durchzusetzen. „Spielen Sie sich hier nicht so auf“, kanzelte Stalins Kominform-Mann Andrej Schdanow einen Polen ab, der Kritik übte. „Wir in Moskau wissen besser, wie man die Prinzipien des Marxismus-Leninismus anwendet.“

Erstmals sprach Schdanow, in offensichtlicher Replik auf die „Truman-Doktrin“, von einer „Zwei-Lager-Theorie“. Er verdammte Marshalls ERP als einen „Plan zur Versklavung Europas“. Spätestens jetzt war klar, dass die internationale Diplomatie an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen war. Kompromisse wollte keine der beiden Seiten mehr eingehen. Der Ost-West-Konflikt weitete sich stattdessen aus zum „allumfassenden Existenzkampf zweier Gesellschaftssysteme, der nur mit Sieg oder Niederlage enden konnte“, wie Wilfried Loth urteilt. Deshalb ist es kein Zufall, dass von der Jahreswende 1947/48 an der Begriff Kalter Krieg regelrecht populär wurde.

Zu den Denkwürdigkeiten dieser Entwicklung zählt, dass einer der verlässlichsten Verbündeten Stalins ihm plötzlich die Stirn zeigte: Josip Broz Tito, Jugoslawiens Führer und einst oberster Partisan im Kampf gegen Hitlers Invasoren – ein Mann, der aus eigener Kraft an die Macht gelangt und selbstbewusst genug war, sich Kominform-Diktaten nicht zu beugen. Statt die Schwerindustrie auszubauen und Wirtschaftsbeziehungen ausschließlich mit osteuropäischen Märkten zu pflegen, wollte Tito lieber den Lebensstandard der jugoslawischen Bürger steigern, beispielsweise durch intensiveren Handel mit dem Westen. Das war für den Diktator von der Moskwa ein Sakrileg.

Tito brach mit Moskau, und das Kominform schloss ihn aus, weil er aus „kleinbürgerlichem Na-

tionalismus“ die marxistische Klassenkampftheorie verraten habe. „Ich brauche nur meinen kleinen Finger zu rühren“, drohte Stalin, „und schon wird es keinen Tito mehr geben.“ In nicht enden wollenden Tiraden wurde das jugoslawische Volk aufgefordert, die „faschistische Tito-Clique“ zu stürzen. Aber Tito ließ sich nicht einschüchtern noch vertreiben. Bald schon unterstützten ihn sogar die USA materiell nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ – und das, obgleich Jugoslawiens Herrscher öffentlich gegen den „amerikanischen Imperialismus“ zu Feld zog. Für Acheson war Tito zwar ein „Mistkerl“. Aber eben auch „unser Mistkerl“.

In etlichen Mitgliedsländern des Kominform setzte eine Jagd nach vermeintlichen „Titoisten“ ein, die mit Haftstrafen und Hinrichtungen endete. Teils wurden so innerparteiliche Machtkämpfe kaschiert, teils diente diese Säuberungswelle der Sicherung des sowjetischen Führungsanspruchs. „Die polizeistaatliche Gewalt“, urteilt Loth, „war zum wichtigsten Kennzeichen der osteuropäischen Staaten geworden.“

Was im Osten geschah oder angeordnet wurde, zeitigte stets im Westen eine politische Reaktion, und vice versa. So führte der kommunistische Umsturz Ende Februar 1948 in der Tschechoslowakei unmittelbar zur Gründung des Brüsseler Pakts – einer Art erstem Verteidigungsbündnis von Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten. Schließlich lag die CSSR exakt an der Schnittstelle zwischen Ost und West.

Und als wenig später die Viermächteverhandlungen über eine Währungsreform in ganz Deutschland scheiterten und in den Westzonen (und Berlin) separat die DM-West eingeführt wurde, ließ Stalin im Juni die alte Reichsmetropole abschneiden – Berlins Blockade begann.

Welche Ziele er auch immer damit verfolgte: Stalin scheiterte ebenso wie bei seinem Versuch, Tito zu disziplinieren. Alliierte Flugzeuge versorgten die Menschen ein gutes Jahr lang aus der Luft, und der gewählte Oberbürgermeister Ernst Reuter, den ein sowjetisches Veto an der Ausübung seines Amts hinderte, proklamierte in trotzigem Pathos: „Über unserer Stadt wird die Fahne der Freiheit wehen, und Berlin wird sein die Hauptstadt Deutschlands.“

Nach der ersten massiven Konfrontation des Kalten Krieges während der Berlin-Blockade galt von nun an: Wenn Berlin fiel, waren auch Paris bedroht, London – und Washington.

Als Stalin im Mai 1949 eher widerwillig die Blockade aufgab, hatten die USA, Kanada und zehn europäische Staaten gerade in Washington den Nordatlantikkpakt unterzeichnet. Seit Januar 1949 existierte der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, auch „Comecon“ genannt, mit den Gründungsmitgliedern UdSSR, Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Am 23. Mai jenes Jahres wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet, bald auch die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

Die bipolare Weltordnung war zementiert. ♦

Josip Broz Tito

Der jugoslawische Kommunistenführer kam 1892 im heutigen Kroatien als Josip Broz zur Welt und arbeitete zeitweilig als Schlosser auch in Deutschland. Den Namen Tito wählte er als Anführer jugoslawischer Partisanen, mit denen er gegen Nazi-Deutschland kämpfte. Im Kalten Krieg war Tito zusammen mit den Staatschefs von Indien und Ägypten, Jawaharlal Nehru und Gamal Abdel-Nasser, wichtigster Repräsentant der blockfreien Staaten.



STALIN-KRITIKER

Josip Broz Tito war seit 1945 Ministerpräsident, ab 1953 bis zu seinem Tod 1980 Staatspräsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien. Das Bild zeigt ihn im Jahr seiner Ernennung zum Staatsoberhaupt.